

Pressemitteilung: Über 110 Bischöfe fordern das Ende von unternehmerischem Missbrauch

Unternehmerischer Missbrauch auf Kosten der eigenen Mitarbeiter(innen) ist noch immer weit verbreitet. Eine große Gruppe internationaler Bischöfe und Kardinäle argumentiert nun, dass Staaten auf der ganzen Welt die einzigartige Möglichkeit haben, dagegen vorzugehen, indem sie dort, wo die größten Versäumnisse liegen, nationale – aber insbesondere auch internationale und regionale – Maßnahmen ergreifen.

Verschiedene Führungspersonen der katholischen Kirche haben eine Erklärung der Bischöfe mit dem Titel „Mehr denn je muss heute die Erfüllung der Sorgfaltspflicht in Lieferketten verpflichtend sein, um unternehmerischen Missbrauch zu unterbinden und weltweite Solidarität zu gewährleisten“ unterzeichnet. Die Erklärung wurde heute veröffentlicht und fordert Staaten dringend dazu auf, andauernden unternehmerischen Missbrauch durch verbindliche Rechtsvorschriften zu unterbinden, die unternehmerische Aktivitäten regulieren und mit Hilfe derer Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden können. Die Bischöfe sprechen sich für Wirtschaftssysteme aus, die den Grundsätzen von Würde und Gerechtigkeit folgen und einen respektvollen Umgang mit Menschen und Umwelt gewährleisten. Unternehmerischer Missbrauch ist weit verbreitet und die COVID-19-Krise hat die Situation nur weiter verschärft – insbesondere für die verwundbarsten Bevölkerungsgruppen, die keinen sozialen Schutz genießen. Einmal mehr waren Frauen von der Krise überproportional betroffen, und gleichzeitig „hat diese Pandemie unsere gegenseitige Abhängigkeit offengelegt und Chaos gesät in den globalen Lieferketten, die Fabriken grenzüberschreitend miteinander verbinden. Dadurch wurde unsere Abhängigkeit von verwundbaren Arbeiter(inne)n deutlich, die weltweit systemrelevante Arbeiten verrichten“.

Die Bischöfe rufen alle Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen zur Solidarität auf und erklären, dass internationale Unternehmen ohne klare Rechtsgrundlage nicht davon abgehalten werden können, Steuern zu hinterziehen, Menschenrechte zu missachten, das Arbeitsrecht zu verletzen und ganze Ökosysteme zu zerstören. Die Bischöfe argumentieren, dass angesichts fehlgeschlagener Versuche auf freiwilliger Grundlage bindende Rechtsvorschriften zur Regulierung internationaler Unternehmen die einzige legislative Option ist, um Gemeinschaften zu schützen und die wechselseitige Verbundenheit aller Menschen zu feiern.

Während einige europäische Länder bereits Gesetze zur Sorgfaltspflicht in Lieferketten haben oder aktuell solche Gesetze erstellen, nimmt die EU als Ganzes nur langsam die Arbeit auf, den bestehenden Flickenteppich zu vereinheitlichen, wobei auch die Weiterentwicklung von Sektoren auf regionaler Ebene wichtig ist. [EU-Justizkommissar Didier Reynders](#) hat bereits einen Schritt in die richtige Richtung getan, als er ankündigte, dass in Kürze – im Rahmen des Wiederaufbauplans der EU nach der COVID-19-Krise sowie seines Beitrags zum europäischen Green Deal – obligatorische Rechtsvorschriften zur menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflicht für Unternehmen entwickelt würden. Während die Erklärung der Bischöfe solche Entwicklungen begrüßt, fordert sie von den Staatsoberhäuptern, einen Vorstoß zu machen, um bindende Rechtsvorschriften auf UN-Ebene voran zu bringen, indem sie sich in dem aktuellen Prozess der Gestaltung eines [bindenden UN-Vertrags über Menschenrechte](#) engagieren.

Die Erklärung der Bischöfe wurde von mehreren Führungspersonen der Kirche aus Ländern wie Indien, Myanmar, Uganda und Kolumbien unterzeichnet, wo Gemeinschaften besonders vom unverantwortlichen Handeln internationaler Unternehmen betroffen sind. Zudem haben viele

Bischöfe aus Europa (Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz, Spanien) die Erklärung unterzeichnet und setzen damit ein deutliches Zeichen dafür, dass Europa sich seiner Verantwortung stellen sollte.

Josianne Gauthier, Koordinatorin der Erklärung und Generalsekretärin von CIDSE, dem internationalen Zusammenschluss katholischer Organisationen, die für soziale Gerechtigkeit eintreten, sagt: „Es inspiriert mich, zu sehen, dass so viele Kirchenvertreter gemeinsam die Stimme erheben und sich für eine Regulierung von Unternehmen einsetzen und so die Arbeit vieler Frauen und Männer unterstützen, viele von ihnen Partner von CIDSE, die ihr Leben dem Kampf für Menschen- und Umweltrechte verschrieben haben. Wir alle sind miteinander verbunden und wir schulden es ihnen, sie in ihrem Kampf bestmöglich zu unterstützen.“

Die Erklärung der Bischöfe bleibt für weitere Unterschriften geöffnet – insbesondere im Vorfeld der [nächsten und sechsten Verhandlungsrunde](#) über ein verbindliches UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte.

Hinweise für die Redaktion:

Herkunftsländer der unterzeichnenden Bischöfe: Ägypten, Argentinien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Demokratische Republik Kongo, Deutschland, Frankreich, Guatemala, Honduras, Indien, Italien, Kolumbien, Luxemburg, Malawi, Marokko, Mexiko, Myanmar, Niederlande, Österreich, Paraguay, Peru, Philippinen, Portugal, Puerto Rico, Schweiz, Sri Lanka, Südafrika, Tschad, Uganda, Zentralafrikanische Republik.

Unterzeichnende Kardinäle: Kardinal Jean-Claude Hollerich, Luxemburg; Kardinal Charles Maung Bo, Myanmar

Aussage: [„CIDSE begrüßt die wegweisende Ankündigung der Europäischen Kommission zur obligatorischen Sorgfaltspflicht für Menschenrechte für 2021“](#)

Pressekontakt: Valentina Pavarotti, Communications Manager, pavarotti@cidse.org

Koordinatorin der Erklärung der Bischöfe: Sylvia Obregon, Beauftragte für Unternehmensverantwortung und Rohstoffabbau, obregon@cidse.org